



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Unruh über Bismarck.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zuschieben. Derselbe soll nicht die Bedeutung einer Abtheilung des Staatsrathes haben, er wird keine Beschlüsse mit verbindlicher Kraft fassen, sondern nur Informationen, d. h. nur Gutachten liefern, die bei der Vorbereitung von Gesetzen vorlagen als Aeußerungen von Sachverständigen, von Sachleuten, von Kennern der betreffenden Zustände, Bedürfnisse und Interessen Beachtung finden sollen. Von einer Entscheidung der oder jener Frage durch den Volkswirthschaftsrath ist in keiner Weise die Rede. Die Entscheidung steht einzig und allein bei den verfassungsmäßig zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung berufenen Organen des Reiches, Krone, Bundesrath und Reichstag, welche die von der neuzuschaffenden Körperschaft vorgebrachten Gründe nach gänzlich freiem Ermessen und unter Berücksichtigung der dabei in Frage kommenden politischen Gesichtspunkte zu würdigen und zu erledigen haben. Von einer Schädigung der Autorität unsrer Herren Reichstagsabgeordneten, von einer Beeinträchtigung ihrer Würde kann also hier nicht gesprochen werden.

Aber es lassen sich Fälle denken, wo der Volkswirthschaftsrath mit seinen auf Erfahrung beruhenden Gutachten den nur auf Doctrin und Theorie sich gründenden Reden liberaler Wortführer gegenüber als Vertreter der praktischen Leute gegen die unpraktische Schöpfungsthatigkeit der Buchgelehrten, der Professoren, Literaten und Advocaten, der Rentner und Pensionäre, die nicht säen und doch ernten, nicht im Leben stehen und doch Gesetze für das Leben geben, erscheinen würde, und das ist wohl der zweite Grund, weshalb man Eifersucht und Furcht vor dem Volkswirthschaftsrath empfindet. Daß bei der Fortschrittspartei noch der Haß gegen den Reichskanzler, von dem der Gedanke ausgegangen ist, und die Absicht, ihm einen Plan zu vereiteln, mitwirken, darf als selbstverständlich angenommen werden.



Unruh über Bismarck.



er frühere Abgeordnete von Unruh hat im Octoberheft der „Deutschen Revue“ Bruchstücke der von ihm aufgezeichneten Erinnerungen aus seinem Leben veröffentlicht, welche verschiedene interessante Mittheilungen über die politischen Vorgänge und Verhältnisse von 1848 bis auf die neueste Zeit enthalten. Der Verfasser meint, dieselben würden vielleicht von einigem Werth für den Historiker sein, und wir theilen diese Meinung; nur wird der Historiker, der jene Mittheilungen benutzt, mit Vorsicht verfahren müssen. Denn Herr von Unruh schreibt zwar zum Theil

als Augen- und Ohrenzeuge, aber zugleich als liberaler Parteimann, ja es sieht so aus, als ob bei der jetzigen Veröffentlichung der Fragmente viel weniger an die Geschichtschreibung als an die Wahlen des 27. October und an eine Reinigung der Fortschrittspartei und anderer Liberalen von gewissen Vorwürfen gedacht worden wäre. Auch ist der Verfasser oft nicht gut unterrichtet, und ebenso finden sich in seiner Darstellung auffallende Widersprüche. Beides gilt namentlich von dem, was er über Bismarck und dessen Verhältniß zu den Parteien erzählt. Wir sind in der Lage, diese Mängel seiner Darstellung berichtigen und zugleich das eine und das andre von dem Mitgetheilten ergänzen zu können, und wir unterziehen uns dieser Aufgabe, damit der Historiker, an den angeblich oder wirklich gedacht wurde, die Wahrheit ohne Modification in die Hand bekomme.

Unruh berichtet S. 9, daß Bismarck in der Zeit, wo er noch Abgeordneter war, eines Tages ein Gespräch mit ihm mit den Worten geschlossen: „Nun, wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen Sie mich in Schutz, und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein.“ „Sehr gern,“ habe er geantwortet, und sie hätten beide gelacht. Acht Jahre später habe er, Unruh, Veranlassung gehabt, Bismarck an diese scherzhafte Abrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen, und derselbe habe dann präcise Wort gehalten. Dieses Cartell hat wirklich stattgefunden. Doch ist es komischerweise in ganz ähnlicher Art dem Abgeordneten aus Schönhausen auch von dem radicalen Herrn d’Ester angeboten worden. Hier aber wurde der Vertrag abgelehnt; „denn,“ sagte Bismarck, „wenn Ihre Partei siegt, so ist es nicht mehr werth, zu leben, kriegen wir aber die Oberhand, so wird gehenkt; doch Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse.“

Völlig unbegründet ist es, daß die Opposition in den Jahren 1862 bis 1866 nicht gewußt haben soll, daß Bismarck eine energische antiösterreichische Politik im Sinne habe. Aus den Unruhschen Memoiren selbst geht mit größter Deutlichkeit hervor, daß man von dieser Politik unterrichtet war und dem Minister nur aus Haß gegen ihn, den „Tunkei,“ und aus Rechthaberei Opposition machte. S. 11 ff. wird erzählt, daß Unruh bald nach Ausbruch des österreichisch-französischen Krieges von 1859 im Hotel Royal zu Berlin mit Bismarck eine Unterredung hatte, bei der letzterer äußerte, Oesterreich jetzt beistehen wäre ein politischer Selbstmord Preußens. Er sei von seiner Sympathie für Oesterreich vollständig zurückgekommen. Wenn es uns nicht gelänge, Oesterreich aus dem eigentlichen Deutschland zu entfernen, und jenes hier die Oberhand behielte, so würden unsre Könige wieder Kurfürsten, Vasallen Oesterreichs. Ueber das Verhalten der einzelnen deutschen Regierungen im Fall einer Krisis, die dazu zwänge, zwischen dem Anschluß an Preußen und dem an Oesterreich zu wählen, könne kein Zweifel herrschen. Sie würden sich mit Ausnahme einiger Kleinstaaten, die in der Machtsphäre Preußens lägen, sämmtlich mit Oesterreich verbinden.

So sei jenes vollständig isolirt. Doch würde es einen Allirten haben, wenn es denselben zu erwerben und zu behandeln verstünde. Unruh fragte, welchen Allirten er meine, und Bismarck antwortete: „Das deutsche Volk.“ „Ich mag, so berichtet Unruh weiter, wohl ein etwas verblüfftes Gesicht gemacht haben. Bismarck lachte. Darauf sagte ich ihm, daß ich über den Ausspruch selbst nicht verwundert sei, sondern darüber, denselben aus seinem Munde zu hören. »Nun, was denken Sie denn, erwiderte Bismarck, ich bin derselbe Junker wie vor zehn Jahren, als wir uns in der Kammer kennen lernten, aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopfe haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte.« — »Wenn Sie das imstande sind, auch gegen Ihre persönliche Neigung, bemerkte ich, wenn Sie die gefährliche Situation Preußens so scharf aufzufassen vermögen, und die geeigneten Mittel mit solcher Sicherheit angeben, dann wären Sie mir als preussischer Minister des Auswärtigen viel lieber als Herr von Schleinitz, den man für nicht energisch hält.«

Weiter heißt es S. 13: „Als der König nach Baden-Baden ging und ihn die Minister von Muerzwalb und von Schleinitz dahin begleiteten, folgte Bismarck nach, augenscheinlich zu dem Zwecke, seine Bemühungen zur Verhütung einer Hilfsleistung für Oesterreich fortzusetzen.“ Und auf derselben Seite lesen wir: „Wichtig scheint mir noch ein Beleg dafür, daß Bismarcks antiösterreichische Politik, soweit es sich um Oesterreichs Einfluß in Deutschland handelte, nicht erst im Jahre 1859 entstanden, sondern ältern Datums ist. Ich erzählte nach 1866 im Abgeordnetenhaus dem frühern Landrathe des Teltower Kreises mein Gespräch mit Bismarck im Jahre 1859, worauf jener mir sagte, Bismarck habe schon im Jahre 1854 gegen ihn dieselben antiösterreichischen Ansichten und seine gegen Oesterreich gerichtete Politik offen ausgesprochen. Zur praktischen Anwendung kam sie erst 1866, also zwölf Jahre später. So lange hat also Bismarck den Plan, Oesterreich aus Deutschland zu entfernen, mit sich herumgetragen und consequent daran festgehalten. Es ist dies von Wichtigkeit für die Beurtheilung der Conflictsperiode.“ Gewiß, sagen wir hierzu, gewiß ist das von Wichtigkeit; denn sollte das, was jener Landrath 1854 und Unruh 1859 von Bismarck selbst erfuhren, nicht auch andern, nicht auch den Liberalen, die ihn von 1862 an bis 1866 mit aller Heftigkeit bekämpften, zu Ohren gekommen und von ihnen im Gedächtniß behalten worden sein?

In Betreff der Lage im Herbst 1862 hatte Unruh nach S. 15 die Uebersetzung: Will Bismarck den Dualismus in Deutschland beseitigen, so ist dies ohne Krieg mit Oesterreich augenscheinlich unmöglich, und dazu bedarf es einer möglichst starken preussischen Armee. Im October des letztgenannten Jahres theilte Unruh (S. 16) während der Generalversammlung des Nationalvereins in Coburg vertrauten Kreisen das Gespräch mit, das er 1859 mit Bismarck gehabt hatte. „Ich sagte,“ berichtet er, „meinen alten preussischen und meinen neuen deutschen Freunden, sie wären ganz im Irrthume, wenn sie Bismarck

einfach als Reactionär oder gar als Werkzeug der Reaction ansähen. Gewiß gehöre er nicht zu den Liberalen, aber in seinem Kopfe steckten ganz andre Pläne als bei Manteuffel und Collegen.“ Die Herren zweifelten und wollten abwarten, wie der Minister sich benehmen werde. 1863 waren sie und die übrigen Liberalen zu der Ueberzeugung gelangt (S. 18), daß er „seine Pläne in der äußeren Politik aufgegeben habe und nur noch der Minister der Reaction sei“ — in der äußeren Politik; denn — so schloß man mit wundersehtfamer Logik, oder so will der Verfasser der Memoiren uns glauben machen — es waren inzwischen im Innern politische Verfolgungen, Maßregelungen von freisinnigen Beamten, Beschränkungen der Presse und Angriffe auf die Redefreiheit der Abgeordneten vorgekommen.

Wir begreifen nicht, was das mit dem Glauben an die antiösterreichischen Pläne des Ministers zu schaffen hatte, und wir erfahren obendrein gleich auf der nächsten Seite, daß Unruh und seine Gesinnungsgenossen in dieser Zeit aus guter Quelle die Versicherung erhielten, daß Bismarck bestimmt einen Kampf mit Oesterreich beabsichtige. Der Memoirenschreiber erzählt:

„Der damalige Oberbürgermeister von Berlin, Seydel, machte mir eine Mittheilung, von der er sagte, daß dieselbe aus dem Militärcabinet stamme, dessen Chef der General von Manteuffel war. Darnach sollte dieser oder ein ihm nahestehender Mann sich dahin ausgesprochen haben, Bismarck sei vortrefflich geeignet, das Abgeordnetenhaus niederzutreten; sobald ihm dies gelungen und die Militärreorganisation gesichert sei, müsse er beseitigt werden, weil er sonst jedenfalls Krieg mit Oesterreich führen und die verstärkte Armee hauptsächlich hierzu benutzen werde. Der Zerfall mit Oesterreich und ein glücklicher Krieg gegen dasselbe würde die conservative Partei wieder vom Staatsruder entfernen. Um dasselbe in der Hand zu behalten, müsse Preußen mit Oesterreich auf gutem Fuße stehen und zu dem Ende sogar Concessionen machen, wenn es nöthig sei. Diese Nachricht hatte sehr viel innere Wahrscheinlichkeit. . . General Manteuffel war als das Haupt der hochconservativen sogenannten österreichischen Partei am preußischen Hofe bekannt und in Wien sehr angesehen. Seine antiösterreichischen Pläne hatte Bismarck schon vor seinem Eintritt als Ministerpräsident vielfach ausgesprochen, ja sogar dem Könige vorgetragen. Wenn Bismarck einen Vergleich mit dem Abgeordnetenhaus über die Militärreorganisation zustande brachte und Frieden mit der Volksvertretung schloß, so hatte er nach der Ansicht der Manteuffelschen Partei seine Dienste geleistet und konnte gehen. Ganz anders war seine Stellung, wenn er trotz des heftigsten Krieges mit dem Abgeordnetenhaus die Militärreorganisation durchführte. So lange der Kampf mit der Volksvertretung währte, blieb er unentbehrlich, je heftiger der Kampf war, desto mehr.“

Wir bemerken dazu: Irrthümer über Irrthümer, Widerspruch auf Widerspruch. Zunächst ist es völlig unbegründet, wenn behauptet wird, der General von Manteuffel habe Bismarck beseitigt wissen wollen, und er sei das Haupt

der österreichischen Partei gewesen. Das war vielmehr der Minister von Schleinitz, der auch später noch viel mit den Oesterreichern verkehrte, ja dessen Salon ihr Stellsdichein war. Manteuffel war durchaus kein Parteigänger Oesterreichs, sondern ein preussischer Offizier mit brennend royalistischem Patriotismus. Sodann aber sollte man meinen, wenn die Opposition, zu der Unruh gehörte, patriotisch preussisch gedacht, wenn sie dem Dualismus in Deutschland ein Ende gemacht zu sehen gewünscht, wenn sie die deutsche Idee durch Preußen verwirklichen gewollt hätte, so hätte sie, da sie wußte, daß Bismarck diesen Zweck verfolgte, denselben unterstützen müssen, und dies hätte auch von ihrem liberalen Standpunkte aus geschehen müssen, da ihr ferner bekannt war, daß ein Sieg über Oesterreich „die conservative Partei wieder vom Staatsruder entfernen würde.“ Sie hat das nicht gethan, sondern das Gegentheil. Sie ist unpatriotisch und inconsequent, unpolitisch und gegen ihr eignes Interesse verfahren, weil ihr stupider Haß, der Haß gegen den vornehmeren Geist, der Haß der Mittelmäßigkeit gegen das Genie, und ihre advocatenhafte Rechthaberei sie verblendeten.

Man mußte liberalerseits, wenn man in der deutschen Sache praktische Politik treiben wollte, für diese Sache, die nicht ohne Entfernung Oesterreichs aus dem Bunde gefördert werden konnte, den König von Preußen gewinnen, der Bedenken gegen einen Conflict mit Oesterreich hatte und darin von einem Theile seiner Umgebung bestärkt wurde. Der König Wilhelm mußte allmählich von der Nothwendigkeit eines Bruches mit der Wiener Politik und eines Versuches, Preußen allein an die Spitze der deutschen Staaten zu stellen, überzeugt werden. Bismarck verfolgte diesen Zweck, und das Abgeordnetenhaus hätte dies ebenfalls thun sollen; statt dessen stießen sie den König vor den Kopf, indem sie ihm die Mittel zur Militärreorganisation versagten, und nun fehlte ihnen jeder archimedische Punkt zum Fußfassen für ihre Absichten, und sie hatten nichts als den Wind ihrer Reden und ihre Einbildung, die ihnen vorspiegelte, sie wären bedeutend.

Wenn Unruh endlich S. 19 sagt, Bismarck habe den Streit über die Militärvorlage zu einem Verfassungskonflikt gesteigert, er sei gegen die Opposition provocatorisch aufgetreten, er habe sich fast in jeder Rede bemüht, sie durch boshaften Witz aufzustacheln, alles nur, um sich der österreichisch gesinnten Hofpartei gegenüber in Amt und Macht zu behaupten, und wenn er S. 20 dieselbe Anklage mit den Worten wiederholt: „Noch heute bin ich der Meinung, daß Bismarck den Conflict gebrauchte und benutzte, um sich in seiner Stellung zu erhalten und zu befestigen,“ so ist das geradezu eine Injurie, eine grobe Unwahrheit, von derselben Verblendung eingegeben wie die auf S. 16, nach welcher Bismarck von den Nationalvereinsgrößen „lediglich als Repräsentant der Reaction“ angesehen wurde. Der Minister wollte keine Reaction, damals so wenig wie heute, wo man ihn dessen wieder beschuldigt. Wäre es anders gewesen, so hätte er sie haben können. Unruh und Collegen

würden nicht imstande gewesen sein, es zu verhindern, und das „Volk,“ das sie gewählt, würde auch nichts dagegen vermocht haben. Und ebensowenig ist Bismarck durch das Bedürfnis nach Macht, durch Gefallen am Regieren, durch die Absicht, sich in seiner Ministerstellung zu befestigen, bewogen worden, der Opposition im Abgeordnetenhaus tapfer und schneidig entgegenzutreten. Es war vielmehr der Royalist in ihm, der in seinem Wesen immer eine so hervorragende Stelle eingenommen hat, wenn er seinen Posten festhielt. Das Pflichtgefühl gegen seinen König leitete ihn dabei, der unter den damals obwaltenden Umständen keinen andern Minister fand. Bismarck soll ihm damals gesagt oder geschrieben haben: „Das soll man nicht sagen, daß Ew. Majestät keinen Diener finden, so lange noch ein altmärkischer Edelmann lebt.“ Sonst war es damals wahrhaftig kein Vergnügen, Minister zu sein. Das Gewerbe eines Gesandten in Paris, ja selbst in Frankfurt, wo man bei gutem Gehalt wenig Arbeit, wenig Verantwortlichkeit und wenig Ärger hatte, wo man nicht angefeindet und bitter geschmäht wurde, war sehr viel angenehmer. Das herausfordernde Auftreten und die sarkastischen Reden Bismarcks gegenüber dem Abgeordnetenhaus hatten nicht die Verlängerung und Steigerung des Conflicts zum Zweck. Sie waren Ausübung des *jus talionis*. Bismarck soll (S. 17) oft geradezu verlegend aufgetreten sein. Das ist nicht in Abrede zu stellen. Aber wenn seine Äußerungen verlegenden Natur waren, so waren sie dies nicht ein Zehntel so sehr als das Auftreten der Redner im Hause gegen ihn und die andern Mitglieder der Regierung. Jene Herren waren weit massiver und malitioser als der Ministerpräsident, schimpften geradezu, drohten und sprachen von einem Ministerium von Seiltänzern, von Reinszeichen der Reaction und in ähnlichen wenig schmeichelhaften Ausdrücken. Bismarck aber war nicht der Mann, sich dergleichen bieten und gefallen zu lassen, es lag nicht in seiner Natur, wenn man ihn auf die rechte Backe schlug, dem Beleidiger auch die linke hinzuhalten, sondern er wehrte sich und vergalt mit gleicher Münze. Dazu kam seine Geringschätzung vor der Doctrin der Volkssouveränität, die ihm mit Recht ein Greuel war, und die Beobachtung, daß die Opposition dieser Volkssouveränität eine geradezu byzantinische Verehrung entgegenbrachte — eine Beobachtung, die ihn noch mehr empörte als die giftige Polemik der Gegner und ihn noch spöttischer, ironischer und spitziger reden ließ.

Wie mit den hier widerlegten Behauptungen Unruhs verhält es sich auch mit einer Reihe andrer, von denen wir nur einige noch hervorheben. Seltsam, fast unbegreiflich, ja lächerlich ist S. 22 die Stelle, wo von der Frage der Diäten für den Reichstag des Norddeutschen Bundes die Rede ist und Unruh gegen Bennigsen seine Vermuthungen über die Stellung des Ministers zu der Sache äußert. „Ich war damals, erzählt er, noch selbst für Diäten, sagte aber zu Bennigsen, ich glaube nicht, daß Bismarck hierin nachgeben werde; vielleicht sei er gar nicht in der Lage, es zu können. Es scheine mir, als ob

er ganz bestimmte Verpflichtungen gegen das Herrenhaus eingegangen sei, der er bei der spätern nothwendigen Genehmigung der norddeutschen Verfassung durch die Einzelstaaten zumuthe, das allgemeine Wahlrecht hinunterzuschlucken." Gegen das Herrenhaus — Leute, die der activen Politik immer fern standen und ohne erheblichen Einfluß sind! Auch wenn wir nicht wüßten, daß dies dem Minister nie in den Sinn gekommen ist, würden wir nie auf diese Hypothese gekommen sein.

Wenn S. 24 an die Aeußerung Löwes erinnert wird, ein Hauptmangel der deutschen Verfassung sei, daß sie dem Reichskanzler auf den Leib zugeschnitten worden, so ist das eine Redensart, die dadurch, daß sie in den letzten Jahren von Zeitungen und Rednern in Volksversammlungen häufig wiederholt worden ist, nicht weniger leer und unzutreffend wurde.

S. 25 heißt es: „Schon im Jahre 1867 mußte jedem Einsichtigen klar werden, daß unter Bismarck von einer parlamentarischen Regierung nicht die Rede sein könne. Eine solche bedingt unter gewissen Umständen Ministerwechsel und regierungsfähige Parteien.“ Hier spricht der Verfasser in der That die Wahrheit aus. Regierungsfähige Parteien, wo sind die in Preußen, im deutschen Reiche, wo waren sie in den letzten zwei Jahrzehnten? Wir sahen keine und sehen auch heute keine, am wenigsten in den Lagern der Liberalen, die in allen ihren Programmen und Reden nur tadeln und kritisiren, nur negiren können, die keinen positiven Gedanken von Bedeutung und keinerlei politische Schöpferkraft haben. Nur Velleitäten zum Regieren, nur Ehrgeiz und Neid sind vorhanden, nicht aber die Potenz, die ein fruchtbares Regieren verlangt.

„Fast alle Parteien,“ heißt es auf derselben Seite, „sofern sie nicht Feinde der deutschen Einheit sind, halten den Reichskanzler für ganz unentbehrlich.“ Und doch feindete man ihn von 1877 auch von seiten der Nationalliberalen aufs bitterste an, doch haben vor den letzten Wahlen und während derselben die Führer der Fortschrittspartei die Parole „Fort mit Bismarck!“ ausgegeben.

Ebenfalls eine bloße wiedergekautete Redensart ist es, wenn gleich darauf bemerkt wird: „Eine Partei, die gar keine eignen Grundsätze, sondern nur die Tendenz hat, der Regierung die Majorität zu sichern, gewährt in kritischer und gefährlicher Zeit keine zuverlässige Stütze.“ Man sage uns doch, warum. Gewährt etwa die Opposition mit ihrer gründlichen Unzuverlässigkeit, ihrem steten Schwanken, ihren Abschwächungen, ihrer Rechthaberei und Krittellei eine solche Stütze?

S. 29 wird es als gleichgiltig hingestellt, ob die Idee eines Zollparlaments von Bismarck ausgegangen sei oder von Delbrück. Wir meinen, daß dies jemand, der für den Historiker zu schreiben hofft, nicht gleichgiltig erscheinen sollte, und so bemerken wir, daß diese Idee nicht von Herrn Delbrück, sondern von Bismarck herrührt, der die Sache, wie man bei Hesehel nachlesen kann,

schon von Frankfurt aus anregte,*) und der sie 1866 in den Friedensverträgen ausdrückte und sicherstellte. Aber es mußte ein Liberaler, ein Gelehrter sein, der sie zuerst gehabt hatte, kein Junker. Wir wollen Herrn Delbrücks Verdiensten nicht zu nahe treten, aber wir behaupten zuversichtlich, daß dieser niemals auf den Gedanken verfallen wäre, daß der Zollverein in dieser Weise zu verwenden wäre; Delbrück hatte mancherlei Vorzüge, aber keinen politischen Sinn und Instinkt.

§. 30 wird berichtet: „Bei der Verhandlung über die Tabaksteuervorlage (von 1878), als Bismarck das Monopol für sein Ideal erklärte, theilte mir Bennigsen mit, daß er die Verhandlung mit Bismarck [über seinen Eintritt in das Ministerium, die im Herbst vorher begonnen hatte] abgebrochen und ihm erklärt habe, er könne sich nicht für das Monopol engagiren.“ Das ist unwahr oder mindestens nur halb wahr. Die Sache verhielt sich folgendermaßen. Graf Eulenburg, der Minister des Innern, wollte 1877 zurücktreten. Der Reichskanzler bot seinen Posten dem Herrn von Bennigsen an. Dieser verlangte, daß außer ihm noch die Herren von Fockenberg und von Stauffenberg Ministerstellen erhielten, für die aber keine offen waren. Es wurde dann noch einige Zeit weiter verhandelt. Inzwischen besann sich Graf Eulenburg anders, er entschloß sich zu bleiben, und erklärte das dem Könige, der auf Eulenburgs Vortrag hin Bismarck benachrichtigte, jener werde nicht abgehen. Das hatte mehrere Monate gedauert, während in der Presse transpirierte, daß auch Herr Lasker auf einen Sitz im Cabinet rechnete. Später suchte Bennigsen den Kanzler im Reichstage auf, was sonst nicht seine Gewohnheit ist, und befragte ihn wegen des Tabaksmonopols, worauf Bismarck ihm antwortete, er halte es für gut und werde es erstreben, und jetzt erklärte Bennigsen, daß er dasselbe nicht unterstützen könne und auf Eintritt ins Cabinet verzichte. Aus Höflichkeit wurde ihm verschwiegen, daß gar nicht mehr an ihn gedacht worden, da die Stelle, um die sichs handelte, nicht mehr offen war.

Weiterhin sagt Unruh: „Von da ab änderte sich die Stellung des Reichskanzlers zur nationalliberalen Partei augenscheinlich.“ Dies ist unrichtig, das

*) Am 2. April 1858 schrieb er (Gesefiel, S. 183) von dort an einen befreundeten Politiker: „Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen auszubildenden Zollvereine... für die Ausübung des ständischen Zustimmungsvrechtes in Zollvereinsachen den Unionsprojecten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen. ... Die Regierungen werden schwer daran gehen, aber wenn wir dreist und consequent wären, könnten wir viel durchsetzen.“ Und am 18. September 1861 sagte er in einem Briefe, der von Stolpmünde datirt war (a. a. D. S. 189), einem Freunde in Berlin: „Ich sehe nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zollvereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Conservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen. ... Man könnte so eine recht conservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten.“

umgekehrte ist der Fall gewesen: die Nationalliberalen traten von jetzt an dem Reichskanzler theils kühl, theils feindlich entgegen, entzogen ihm ihre Unterstützung im Landtage und griffen ihn in ihren Blättern, z. B. in der Nationalzeitung, theilweise aufs heftigste an.

§. 31 wird das Delbrücksche Freihandelsystem ein „seit langer Zeit befolgtes System“ genannt. Hier fragt sich, was „lange“ bedeuten soll. Das hier mit Delbrücks Namen bezeichnete System existirte erst seit 1865, und dem Kanzler gingen erst 1875 ernste Zweifel darüber auf. Bis dahin hatte er keine Zeit gefunden, über Nutzen oder Schaden dieser Einrichtung nachzudenken, da bis dahin schwere Coalitionsgefahren bestanden, auf deren Beobachtung und Ableitung er seine ganze Arbeitskraft verwenden mußte.

§. 32 ist eine offenbar auf die Wahlen berechnete Unwahrheit, wenn der Kanzler gesagt haben soll, er wolle „die Nationalliberalen an die Wand drücken“; und daß man „zugleich gehört haben soll, daß er die bisherige Zoll- und Handelspolitik total umzugestalten beabsichtige,“ ist unmöglich. An letzteres dachte er erst im November, der Ausdruck „an die Wand drücken“ aber ist von ihm nicht nur in dieser Beziehung nicht gebraucht worden, sondern überhaupt niemals, er steht gar nicht in seinem Wörterbuche. Jedermann weiß, ob diese Redeweise in seine Art sich zu äußern gehört, und wir hören von sicherster Seite, daß der Fürst sich dieser Phrase nie bedient hat.

Die Auflösung des Reichstages nach dem Nobilingischen Attentate endlich soll eine gegen die Liberalen gerichtete Maßregel gewesen sein. Sie war in Wirklichkeit das Gegentheil hiervon, sie war ein höfliches Entgegenkommen der Regierung gegen die Liberalen, der Kanzler wollte ihnen die Sinnesänderung in Betreff des Socialistengesetzes durch Auflösung und Neuwahlen erleichtern. So ist es aber mit diesen Herren mit ihrem stark ausgebildeten Selbstgefühl. Steht man vor ihnen nicht stets mit dem Hut in der Hand und bewundert sie, so ist man ihr Feind und arrogant. Der Reichskanzler kann das nun nicht leisten, er hat keine hohe Meinung von bloßen Kritikern und Rednern für Zeitungen, er hat überhaupt in seiner Denkart und seinem Charakter keinen Platz für Menschenverehrung. —

Wir schließen hieran noch eine kurze Erwähnung einiger Schriften zur Charakterisirung des Reichskanzlers, die in der letzten Zeit erschienen sind.

Der durch verschiedene populäre Darstellungen von Ereignissen und Persönlichkeiten der Zeitgeschichte vortheilhaft bekannt gewordene Professor Wilhelm Müller in Tübingen hat seinen Biographien Kaiser Wilhelms und Feldmarschall Moltkes jetzt (bei Krabbe in Stuttgart) auch ein Lebens- und Charakterbild des dritten Sternes in dem Dreigestirn folgen lassen, unter dessen Licht und Wärme Deutschland eins und groß geworden ist. Das Buch, welches sich „Reichskanzler Fürst Bismarck“ nennt, kann selbstverständlich keinen Anspruch darauf erheben, wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, da dem Ver-

fasser wie jedem andern, der sich an ein solches Unternehmen wagen wollte, das dazu erforderliche Material nicht in seiner ganzen Ausdehnung zu Gebote stand. Mit dem aber, was davon vorlag, hat er ein gutes und nützliches Buch zustande gebracht, dem sich namentlich verständige Gefinnung und geschickte Gruppierung des Stoffes, Uebersichtlichkeit und Phrasenlosigkeit nachrühmen lassen, weshalb wir nicht anstehen, es bestens zu empfehlen. Dasselbe wird durch die Literatur, die über den Fürsten bereits erschienen ist, nicht überflüssig gemacht. Wenn in diesen Biographien und Charakteristiken theils vorwiegend die persönlichen Verhältnisse des Kanzlers, besonders in den Jahren vor seinem Eintreten in die ministerielle Thätigkeit, ausführlich behandelt sind, theils seine Politik mehr beurtheilt als dargestellt ist, und wenn dabei in beiden Fällen je nach dem Parteistandpunkte der Verfasser (man denke an Gesekiel, in dessen Buch fast nur die eingestreuten Bismarckschen Briefe das wahre Bild Bismarcks widerspiegeln), recht schiefe, im besten Falle halbrichtige, einseitige Zeichnungen auf den Markt gebracht wurden, so verfolgt unsre Schrift einen andern Plan. Sie macht sich zur Hauptaufgabe, die Entwicklung der staatsmännischen Bedeutung des Fürsten nach den von ihm gehaltenen Reden und den von ihm ausgegangenen diplomatischen Actenstücken ohne viel Reflexion und ohne andre Zuthat, als zum Verständniß erforderlich ist, dem Leser zu zeigen. Was nicht hierhin gehört, ist kurz behandelt oder ganz beiseite gelassen worden. Dagegen giebt der Verfasser jene Reden in geschickten Analysen und schildert die Thätigkeit Bismarcks als Gesandter in Frankfurt und Petersburg und sein Auftreten, seine Kämpfe und Erfolge in innern und äußern Angelegenheiten im Zusammenhange mit der Zeitgeschichte so getreu und genau als es die Unterlagen gestatten, die ihm zur Hand waren. Hier und da hätte sich einiges anders ausdrücken, anderes hinzufügen lassen. Im ganzen nehmen wir von der Lectüre des Buches den Eindruck mit hinweg, daß es den Kanzler ins rechte Licht gestellt hat, und in diesem erscheint er als genialer und energischer Vertheidiger des preussischen Königthums gegen die offene und die schleichende Revolution, als der größte preussische und deutsche Patriot und als Staatsmann allerersten Ranges. Wir bemerken noch, daß Herr Müller seiner Darstellung in einem historischen Rückblick, in welchem das Leben des alten deutschen Reiches mit dem des neuen verglichen ist, und in einem ausführlichen Inhaltsverzeichnis dankenswerthe Beilagen hinzugefügt hat.

Wer sich über die parlamentarische Thätigkeit des Kanzlers eingehender zu unterrichten wünscht, dem sei das Sammelwerk: „Ausgewählte Reden des Fürsten von Bismarck“ (Berlin, Kortkamp) empfohlen. Es enthält in drei Bänden alle wichtigen Reden Bismarcks aus den Jahren von 1847 bis zum 4. März 1881, wo der letzte Band mitten in der Debatte abbricht, sodaß wohl eine Fortsetzung zu erwarten ist. Als Einleitung und Ergänzung ist der Sammlung, die mit gutem Blick für das Wichtigere und Wichtigste angelegt ist und

in kurzen Einführungen und Zwischenbemerkungen über die Umstände, unter denen die einzelnen Reden gehalten worden sind, unterrichtet, eine biographische Skizze über das gesammte Wirken des Reichskanzlers vorausgeschickt, die indes nur bis 1876 reicht. Noch sei bemerkt, daß die Reden in chronologischer Reihenfolge sowie bis auf kleine materiell unwesentliche redactionelle Aenderungen wortgetreu und unverkürzt mitgetheilt sind, was von der Hahnschen Sammlung nicht gilt.



Die Frauen der italienischen Renaissance.

Von Paul Schönfeld.

(Schluß.)



ine Tochter Leonoras von Aragon, hatte Isabella d'Este von frühester Jugend an in einer geistigen Sphäre geathmet, die für das ganze Leben ihre Richtung bestimmte. 1490 vermählt mit dem Markgrafen von Mantua, Giovanni Francesco Gonzaga, an dessen Seite sie das reinste Glück genoß, das durch begabte Kinder noch erhöht wurde, gestaltete sie ihren kleinen Hof zu einem würdigen Seitensstück des urbinatischen, als dessen Seele uns ihre Schwägerin Elisabetta entgegentrat.

Im Vordergrunde steht bei Isabella die Liebe zur bildenden Kunst, die sie, soweit es ihre nicht eben reichlich fließenden Mittel gestatteten, aufs eifrigste an den Tag legte. In Lautenspiel und Gesang trefflich geschult, hatte sie sich anfänglich auf das Sammeln luxuriös verzierter musikalischer Instrumente geworfen; bald aber legte sich ihre Liebhaberei auch auf höhere Gebiete. Kunstgegenstände aller Art suchte sie mit unermüdlichem Eifer in ihren Besitz zu bringen; außer antiken Gemmen und Cameen, Medaglien, Krystall- und Metallspiegeln u. dgl. war sie namentlich bestrebt, Werke der zeitgenössischen großen Maler zu erwerben und scheute keine Anstrengung, ihr kleines Museum zu vervollständigen. Es hat sich bis auf unsre Tage das Inventar desselben erhalten, in welchem vier Gemälde von Mantegna, je zwei von Lorenzo Costa und Correggio und ein Perugino aufgeführt werden, Werke, die größtentheils in die Sammlung des Louvre übergingen; von Erzeugnissen der Plastik wird ein schlafender Cupido genannt, dem Praxiteles zugeschrieben, und ein zweiter von Michelangelo's Hand, ein Geschenk der Cesare Borgia, außerdem eine Reihe andrer